



Titel/Title:

Autor*innen/Author(s):

Veröffentlichungsversion/Published version:

Zeitschriftenartikel/Journal article

Empfohlene Zitierung/Recommended citation:

Verfügbar unter/Available at:

(wenn vorhanden, bitte den DOI angeben/please provide the DOI if available)

Zusätzliche Informationen/Additional information:

Uwe Schimank

Nur noch Coping: Eine Skizze postheroischer Politik

Politik hat schon seit geraumer Zeit eine schlechte Presse, und die Politikverdrossenheit unter den Bürgern nimmt zu. Das hat in Deutschland und Europa nicht nur etwas damit zu tun, wie seit 2008 die Finanzkrise in ihren verschiedenen Stadien -Bankenrettung, Staatenrettung, Eurorettung - von den Regierungen angegangen worden ist. Auch vorher waren der Politik schon schlechte Zeugnisse ausgestellt worden, ob es nun um das Weltklima, den Umgang mit Flüchtlingsströmen oder die Föderalismusreform ging. Und parallel zur Finanzkrise sind weitere Themen hinzugekommen, mit denen konfrontiert die Politik nicht gut aussah und aussieht - dervöllig unglaubwürdige Holterdipolter-Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergienach Fukushima nur als ein Beispiel. Werden also die politischen Entscheidungsträger immer schlechter? Oder werden die Entscheidungen, die zu treffen sind, immer schwieriger? Oder haben wir nur gerade eine besonders holperige Wegstrecke gesellschaftlicher Dynamik zu bewältigen?

Lasst man die populistische erste Deutungsalternative, für die bei genauerem Hinsehen nicht viel spricht, beiseite, kommt es hinsichtlich der anderen beiden Deutungen gar nicht so sehr darauf an, welcher man anhängt. Beide lenken den Blick auf - derzeit offenbar vorkommende - Entscheidungssituationen, die ganz besonders schwierige, um nicht zu sagen fast unlösbare Probleme stellen. Die Frage hierzu, der sich die folgenden -Oberlegungen zuwenden, lautet: Was kann Politik tun, und was tut Politik, angesichts solcher „wicked problems“?

Das Gestaltungsparadox demokratischer Politik

Die Erkenntnis der Moderne, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse Menschenwerk sind, hat den Schluss auf eine umfassende *Gestaltungskompetenz* - im dreifachen Sinne von Vermögen, Befugnis und Verantwortung - getragen: Wer hervorbringt, kann gestalten; und wer gestalten kann, kann und muss verbessern. Das ist das Credo der heroischen Moderne als „politischer Gesellschaft“ (Greven 1999)

- also mit der Politik als zentraler Arena oder sogar zentralem Akteur der Gesellschaftsgestaltung. Man mag es als völlig absurd einstufen, von zunächst einmal nur erkannter bloßer Verursachung auf Gestaltungsfähigkeit zu schließen. Man mag sich von großspurigen Gestaltungssillusionen, bei denen nicht nur des Sozialismus, (← p. 455) die in der praktischen Umsetzung allesamt grandios und ohne Rücksicht auf Verluste gescheitert sind, entschieden distanzieren. Doch vom „Pathos des bombastischen Heroismus der Aktion“ (Jullien 1996: 17) werden auch all die deutlich kleiner skalierten Visionen, Missionen, Strategien, Pläne und Reformen getragen, die bis heute ausgedacht und auf den Weg gebracht werden - bis hin zu gänzlich unspektakulären Vorgängen wie der soundsovielten Novellierung eines Spezialgesetzes. Am Anfang all dieser Haupt- und Staatsaktionen stehen festgelegte Zielsetzungen, die sodann planmäßig verfolgt werden. Wie sonst wäre denn auch verantwortungsbewusste Politik

vorstellbar?

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich indes, dass das nicht bloß eine rhetorische Frage ist. Der kleinere Anteil solcher Art von anspruchsvollem politischen Gestaltungshandeln findet unter vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen statt, wiesie etwa gegen Ende der 1960er Jahre noch bestanden, als in Deutschland die neuesozialliberale Koalition unter Willy Brandt „mehr Demokratie wagen“ wollte und in einer ganzen Reihe von Politikfeldern eine Serie ineinandergreifender „innerer Reformen“ anstieß.¹ Als sich nach wenigen Jahren abzeichnete, dass trotz der guten Zeiten viele große Pläne Stückwerk blieben oder gar gänzlich wirkungslos verpufften, trat dann schnell auch der neue Kanzler Helmut Schmidt auf den Plan, der seine Rolle dezidiert als die eines „Krisenmanagers“ verstand und - in einer anderen bekannten Äußerung - Politikern mit „Visionen“ empfahl, sich in therapeutische Behandlung zu begeben. Diese Ernüchterung war nicht allein den Implementationsproblemen - diese Begrifflichkeit machte eine steile Karriere - der Reformen geschuldet. Vielmehr musste Schmidt erkennen, dass sich der gesellschaftliche Kontext politischen Gestaltungshandelns dramatisch zu verschlechtern begann. Die Politik konnte sich nicht mehr auf stabile wirtschaftliche Prosperität und entsprechende Steuereinnahmen verlassen, globale Herausforderungen stellten sich, ganz neuartige schwierige Aufgaben wie die Umweltprobleme kamen hinzu - und trotz alledem wuchsen noch längere Zeit die Ansprüche der Gesellschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politisch zu gewährleistenden Versorgung mit Gesundheitsleistungen, Bildungschancen, Kulturangeboten, Umweltschutz etc. Damit war die Politik nach den wenigen Jahren der Reformeuphorie wieder in der Normalität schwieriger Zeiten angekommen, in denen seit eh und je das Gros politischen Gestaltungshandelns stattfindet. In solchen Zeiten werden Gestaltungsabsichten aus der Not geboren; und damit tut sich ein fundamentales *Gestaltungsparadox* auf. (← p. 456)

Es lässt sich abstrakt wie folgt umreißen: Schwierige Zeiten sind durch sich zu-spitzende und drängende gesellschaftliche Problemlagen gekennzeichnet; diese Problemlagen verlangen von der Sache her weitreichende, den Problemen an die Wurzel gehende Umgestaltungen anstelle eines bloßen Kurierens von Symptomen; doch damit stellen sich hochgradig komplexe Entscheidungsfragen, und desto geringer fällt zwangsläufig das Rationalitätsniveau der Entscheidungen aus, so dass Gestaltungsambitionen sehr heruntergeschraubt werden müssen. Anders gesagt: Komplexität schlägt Rationalität, und infolgedessen bleibt das Gestaltungsvermögen der politischen Entscheidungsträger notorisch hinter dem eigentlich gegebenen Gestaltungsbedarf zurück.

Die Manifestationen dieser *Komplexität* sind wohlbekannt. Es geht erstens sachlich um die Vielfalt an zu berücksichtigenden Wirkungszusammenhängen, die ein Problem wie etwa den Klimawandel ausmachen, sowie um das unvollständige und dennoch womöglich die politischen Entscheider „erschlagende“, von ihnen nicht mehr zu verarbeitende Wissen über diese Kausalitäten; zweitens sozial um

¹ Gabriele Metzler (2005) zeichnet Aufstieg und Niedergang politischer Gestaltungsambitionen in der Bundesrepublik anschaulich nach.

die Interdependenzen zwischen den in das Problem involvierten Akteuren, insbesondere wechselseitige Erwartungsunsicherheiten und Konflikte untereinander; sowie drittens zeitlich um Zeitknappheit angesichts von Problemen, die sich bei Nichtstunzuspitzen (Schimank 2005: 121-171). Viertens ist ein Problem umso komplexer, je weniger Stellschrauben der Problembearbeitung - zum Beispiel Befugnisse, räumlicher Zugriff oder „windows of opportunity“ - in Reichweite der Entscheider sind (Scharpf 1977) und über je geringere Ressourcen der Problembearbeitung, insbesondere Geld, sie verfügen. Fünftens können auch Beobachter der Problembearbeitung zur Komplexität beitragen, der sich Entscheider gegenübersehen. Insbesondere die journalistische Berichterstattung macht ihnen das Leben durch reißerische Problemdarstellung, Besserwisserei in Gestalt propagierter Patentrezepte, die Forcierung ambitionierter Gestaltungsansprüche sowie die enge -Überwachung, die „brauchbare Illegalität“ (Luhmann 1964: 304-314) und andere vom Publikum nicht goutierte Praktiken der Problembearbeitung erschwert, nicht leichter. Sechstens schließlich stellen sich Entscheidungsprobleme in dem Maße als komplex dar, wie die Entscheider nicht auf sie vorbereitet sind - etwa keine früheren Erfahrungen mit ihnen haben - und durch sie überrascht werden sowie keinerlei Vorsichtsmaßnahmen beispielsweise durch Frühwarnsysteme oder Sicherheitsreserven getroffen haben.

Verschiedene Probleme stellen unterschiedliche Mixturen dieser Komplexitätsfacetten dar. So handelt es sich bei der „Eurokrise“ um ein Syndrom extrem großer Ungewissheiten über Wirkungszusammenhänge, die starke Turbulenzen auslösen, ähnlich hoher wechselseitiger Erwartungsungewissheiten zwischen zentralen Akteuren, sehr hohem Zeitdruck und mangelnden Frühwarnsystemen, während sich demgegenüber die Komplexität der Rentenreform vor allem durch massive Interessenkonflikte und Blockaden zwischen zentralen Akteuren sowie durch Ressourcenknappheit auszeichnet - und „Stuttgart 21“ oder die Integrationsprobleme eines Teils der türkischen Migranten sehen wiederum anders aus.

Solche Komplexitätsprofile von Problemen sind natürlich wichtig, weil je nach dem andere Reaktionsmuster angemessen sind. Ohne jedoch hier ins Detail gehen zu können, soll sogleich die allgemeine Zuspitzung akzentuiert werden, auf die das Gestaltungsparadox für eine demokratische Politik hinausläuft: Gerade wenn schwierige Zeiten mit entsprechend komplexen Problemlagen besonders enge Grenzen politischer Gesellschaftsgestaltung ziehen, werden den Entscheidungsträgern besonders anspruchsvolle Gestaltungsleistungen abverlangt. Entscheider können zwar versuchen, a la Schmidt die an sie gerichteten Gestaltungserwartungen herunterzuschrauben; doch in einer demokratischen Konkurrenz um Wählerstimmen liegt es meist immer noch am nächsten, Wählerfolge durch attraktive Versprechungen zu erzielen. Eine Ernüchterung der Wähler durch „Blut, Schweiß und Tränen“-Reden oder durch Maßhalte-Appelle zahlt sich hingegen parteipolitisch nur unter ganz besonderen Bedingungen aus. Selbst die griechischen Politiker sind angesichts des jahrelangen hemmungslosen öffentlichen Schuldensammelns froh, den Schwarzen Peter auf Brüssel abschieben zu können. Denn obwohl jedem Griechen die Notwendigkeit des Maßhaltens längst unübersehbar deutlich sein durfte, zahlt jeder seine persönliche Frustration nur den jeweils amtierenden Regierenden heim.

Das aber heißt: Zumeist sind Politiker gerade in schwierigen Zeiten geneigt, das Unmögliche zu versprechen und die Komplexitätsgrenzen ihres Gestaltungshandelns totzuschweigen. Weil sich diese Grenzen allerdings real nicht ignorieren lassen, sondern in letzter Instanz als leere Kassen geltend machen, läuft Politik dann immer mehr auf ein Auseinanderdriften von „talk“ und „action“ (Brunsson 1989), Schauplatz und Hinterbühne des Geschehens hinaus.

Zur jedem „interessierten Bürger“ hinlänglich bekannten Schauplatz hier nur soviel: Es werden auch derzeit wieder weiterhin Entschlossenheit demonstriert und Durchbrüche versprochen, getreu der Formel, dass große Probleme große Lösungen verlangen; eine heroische „Yes, we can“-Rhetorik - wenn auch hierzulande nicht ganz so pathostiefend - regiert wie eh und je. Allein schon die Darstellungserfordernisse des mittlerweile herrschenden „Politainment“ (Dorner 2003) verlangen soetwas ab.

Aber all das Gerede, ob in Parteitage, Parlamentsdebatten oder Talkshows, dient oftmals nur dazu, zu kaschieren, dass es auf der Arbeitsebene gänzlich anders aussieht. Bereits bevor die Planungs- und Reform euphorie der 1960er Jahre ein- (← p. 458) setzte, hatte Charles Lindblom (1959) bekanntlich nüchtern konstatiert, dass verantwortliche Politik jeder überzogenen Gestaltungsidee entsagen müsse und nur als Inkrementalismus - vielsagend als „Wissenschaft des Sich-Durchwurstelns“ tituliert - bescheiden erfolgreich sein könne. Eben keine „Visionen“ ausleben, sondern den Tag bewältigen! Karl Popper (1957) argumentierte, ganz im Zeichen des „Kalten Krieges“, noch grundsätzlicher und behauptete, dass politische Gestaltungshybris nur diktatorisch wie im real existierenden Sozialismus enden könne und politische Gesellschaftsgestaltung folglich, um nicht so zu entgleiten, nicht mehr als „piece-meal engineering“ sein dürfe. Dann wurden diese Einschätzungen und Warnungen ein paar Jahre lang vergessen, solange „der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) wahrte; und Inkrementalismus galt nicht länger als Klugheit, sondern als „inertia“ (Dror 1964) der Planungsfaulen und der ewiggestrigen Reformgegner. Popper war aber bekanntlich etwas später wieder einer der Kronzeugen Schmidts, sozusagen als freundlichere Lesart von „Krisenmanagement“. Ein gewisser Ehrgeiz steckte wohlgerne auch darin noch: Schmidt wollte die anrollenden Krisen „managen“, traute sich und der Politik also wenigstens noch zu, Schlimmstes zu verhindern und eingetretene Schäden zu beseitigen - wie vormals bei der Hamburger Sturmflut.

Kleine Brotchen backen: Coping

Was aber, wenn nicht einmal mehr Inkrementalismus und „piecemeal engineering“ machbar sind? Das ist seit geraumer Zeit die eigentliche Frage, die sich politischer Gesellschaftsgestaltung stellt. Bei nicht wenigen politischen Entscheidungsproblemen - Manche haben derzeit den Eindruck: Es werden geradezu täglich mehr! - ist längst eine tiefe post-heroische Ernüchterung eingetreten, bis hin zur Stimmungslage einer „Politik am Rande des Nervenzusammenbruchs“. Von der Finanzmarkt- und staatlichen Finanzkrise bis zum Israel/Palästina-Konflikt, von der Föderalismusreform bis zu „Stuttgart 21“ reicht das Spektrum solcher Probleme. Es scheint an der Zeit, sich ein *sub-inkrementalistisches* Niveau von „bounded rationality“ politischer Gesellschaftsgestaltung vor Augen zu führen - und dies wohlgerne nicht als Verfallsdiagnose, sondern als nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was die

immense Komplexität bestimmter Entscheidungsprobleme an Rationalität überhaupt noch zulässt. Wenn Planung und Steuerung eine „aktive Politik“ (Mayntz/ Scharpf 1973) im Sinne ex ante gesetzter, aus einer sorgfältigen Problemdiagnose und Alternativensondierung hervorgegangener Zielsetzungen und deren konsequente Umsetzung in aufeinander aufbauenden, von Anfang bis Ende vorüberlegten Schritten bedeutet, kann man diesen Sub-Inkrementalismus demgegenüber nur noch (← p. 459) als „Coping“ titulieren. Das meint eine Art des Gestaltungshandelns, die zwar mehr als ein bloß noch hilfloses Erleiden von Problemen zu sein versucht, aber bei weitem nicht an eine anspruchsvolle Problembewältigung oder gar -lösung a la „aktive Politik“ heranreicht (Schimank/Stucke 1994).

Um ganz bewusst den Klageduktus zu dementieren, wird Coping im Folgenden im präskriptiven Tonfall von Maximen klugen Entscheidens charakterisiert: Was sollte ein politischer Entscheider tun, der sich einer so großen Komplexität von Problemlagen gegenüber sieht, dass nicht einmal mehr Inkrementalismus praktikabel ist? Unmissverständlich klar muss also - um es zu wiederholen - von vornherein sein: Zwar mutet Coping, gemessen am Ideal perfekter Rationalität, noch weit defizitärer als der vielgeschmähte Inkrementalismus an; doch dieses Ideal ist schon in guten Zeiten kaum einmal auch nur näherungsweise erreichbar, geschweige denn in den herrschenden schlechten Zeiten. Umgekehrt wird man Coping besser gerecht: Es trotz der exorbitanten Komplexität der Entscheidungssituationen immerhin noch eine Rest-Rationalität ab, anstatt sich fatalistisch einfach nur noch treiben zu lassen. Sechs solcher Leitsätze, die zusammengenommen die Konturen von Coping als Entscheidungspraxis umreißen, lassen sich formulieren:

- Erstens: Keine Ziele setzen, an denen stur festgehalten wird! In hochkomplexen Entscheidungssituationen ist Prinzipientreue das Falscheste, was man tun kann. Wenn es unmöglich ist, ex ante die „richtigen“, also realistisch erreichbaren Ziele zu erkennen, darf man nicht das Unmögliche versuchen. Das klingt allerdings einfacher, als es ist, denn mit ambitionierten attraktiven Zielsetzungen wie „Halbierung der Arbeitslosenzahlen in den nächsten zwei Jahren“ kann man sich den Beifall vieler sichern; und diese „Massenloyalität“ braucht demokratische Politik. Bereits diese erste Komponente von Coping - dezidierte „Ziellosigkeit“ - ist also schwer zu vermitteln und lässt sich oft genug nur im Verborgenen, hinter einer glänzenden Fassade auf der Schauseite, durchhalten.
- Zweitens: Auf Gelegenheiten warten! Weil Coping auf tiefgreifende Ratlosigkeit reagiert, ist das Beste, was man vorerst tun kann, Zeit zu gewinnen - in der Hoffnung: Kommt Zeit, kommt Rat! (Schimank 2005: 404-422). So erweisen sich zum Beispiel viele erfolgreiche Manager von Unternehmen als „masters of delay until the time is ripe“ (Collingridge 1992: 151). Sie halten den Ball im Spiel, und solange ihnen das gelingt, ist zumindest nichts verloren. Eric Leifer (1991: 69) beobachtet an erfahrenen Schachspielern, dass sie „avoid the pursuit of global ends and objectives until they can be attained.“ Ob die Zeit bessere Gelegenheiten des Entscheidens, insbesondere plausible Zielsetzungen, eröffnet, ist freilich nicht sicher - aber eben auch nicht ausgeschlossen. Wiederum: Abwarten ist für (← p. 460) Zuschauer langweilig oder gar quälend, eben ganz und gar nicht heroisch - und deshalb nicht einfach zu praktizieren.
- Drittens: Probleme aussitzen! Warten kann auch darauf hinauslaufen, dass sich Probleme aufgrund

glücklicher Umstände, oder weil ihre Verursacher ermüden, verflüchtigen. Helmut Kohl war bekanntlich ein Meister darin, und einige Male mit durchaus akzeptablen Ergebnissen. So zu verfahren ist rational, solange die Chance besteht, dass Probleme sich von selbst erledigen. Haben Probleme dagegen die Eigenschaft, sich bei Nichtstun zu verschärfen, stößt Aussitzen an seine Grenze. Die anhaltende Eurokrise etwa sollte man wohl besser nicht auszusetzen versuchen - ohne dass damit hektischer Aktionismus als anderes Extrem angesagt ist.

- Viertens: Irreversible Entscheidungen vermeiden! Wenn man nicht umhin kommt, etwas zu tun, ohne zu wissen, was man eigentlich sinnvollerweise tun konnte, sollte man diejenige Entscheidungsalternative wählen, die - stellt sie sich als eine schlechte Wahl heraus - am besten zurücknehmbar ist (Schimank 2005: 296 f.). Schon Poppers „piecemeal engineering“ betonte diese „Fehlerfreundlichkeit“ (Weizsäcker/Weizsäcker 1984), die Entscheidungen in hochgradig komplexen Problemsituationen aufweisen sollten.
- Fünftens: Vermeidungsimperativen folgen! Wenn ein Entscheider zumindest weiß, was er unter allen Umständen vermeiden will, es etwa als worst-case-Szenarien vor Augen hat, kann damit das Alternativenspektrum bereits stark reduziert sein. Paradox formuliert heißt das, dass man „Nicht-Ziele“ verfolgt. So sind beispielsweise Parteipolitiker, die zwar nicht wissen, wie sie bestimmte Probleme bewältigen können, aber immerhin wissen, was für sie politischen Selbstmord bedeutete, nicht mehr ganz so ratlos, was sie tun sollten.
- Sechstens: „Abwarten und Tee trinken!“ Für einen inkrementalistischen Entscheider bedeutet diese Maxime, dass er im Zeitverlauf allmählich herausfindet, ob das, was er getan hat, zumindest in die richtige Richtung geht. Beim Coping gilt noch viel weitreichender, dass sich erst mit der Zeit herausstellen kann, was überhaupt erstrebenswerte Zielsetzungen mittlerer Reichweite - von Fernzielenganz zu schweigen - sind. Macht es zum Beispiel angesichts des Problems von Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt Sinn, Langzeitarbeitslose darin zu unterstützen, aus strukturschwachen Regionen in Wachstumsregionen umzuziehen und dort nach Arbeitsplätzen zu suchen? Man kann es nur ausprobieren und beobachten, was passiert.

Hier schließt sich der Kreis: Coping muss nicht nur ohne großangelegte ex ante-Ziele auskommen, sondern sich sogar viel bescheidenere Zielsetzungen erst ex post (← p. 461) zurechtlegen - wenn man sieht, was an dem, was man getan hat, wenigstens einigermaßen funktioniert hat. Neben Abwarten, bis sich eine günstige Gelegenheit bietet, lauten die Handlungsmaximen: „Basteln, Flickern, Probieren, Kombinieren“ (Guttandin 1996: 31). Erinnert das nicht irgendwie, beispielsweise, an die Gesundheitspolitik der letzten dreißig Jahre?

Verallgemeinert: Ahnt man nicht längst, auch schon als Zeitungsleser, derartige Praktiken hinter dem, was uns unverdrossen auf der Schauplatz der Politik vorgegaukelt wird? Wenn sich solche Vermutungen in darauf ausgerichteten empirischen Studien erhärten ließen, Coping sich also als durchaus gängige Praxis in verschiedensten Politikfeldern erwiese, änderte sich unser Bild von Politik grundlegend. Und in dem Maße, in dem nicht nur der wissenschaftliche Beobachter, sondern auch die breitere Öffentlichkeit so hinter die Kulissen der Politik schaute und die zahllosen Zwänge erkennen wurde,

die nicht mehr als Coping zulassen, konnte nach dem ersten Schrecken sogar eine spürbare Erleichterung eintreten: Man hatte ja insgeheim schon längst gehaut, dass die Schauseite zur Täuschung diene - es konnte ja nicht mit rechten Dingen zugehen, was einem unermüdliche Verlautbarungen weismachen wollten - denn ein ums andere Mal hatten sich schließlich Versprechungen als falsch herausgestellt. Das muss und sollte nicht auf einen völligen Gestaltungsfatalismus hinauslaufen; aber eine neue nüchterne Ehrlichkeit konnte, wenigstens ein Stück weit, Einzug halten. (← p. 462)

Literatur

- Brunsson, Nils*, 1989: The Organization of Hypocrisy - Talk, Decisions, and Actions in Organizations, Chichester u. a.
- Collingridge, David*, 1992: The Management of Scale: Big Organizations, Big Decisions, Big Mistakes, London.
- Dorner, Andreas*, 2003: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Dror, Yehezkel*, 1964: Muddling Through - „Science“ or Inertia?, in: Amitai Etzioni (Hrsg.), Readings on Modern Organizations, Englewood Cliffs (1969), 166-171. *Greven, Michael Thomas*, 1999: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und De-zision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen.
- Guttandin, Friedhelm*, 1996: Improvisationsgesellschaft. Provinzstadtkultur in Süd-amerika, Pfaffenweiler.
- Jullien, Francois*, 1996: -Ober die Wirksamkeit, Berlin (1999).
- Leifer, Eric*, 1991: Actors as Observers. A Theory of Skill in Social Relationships, New York.
- Lindblom, Charles E.*, 1959: The Science of Muddling Through, in: Public Administration Review 19 (2), 79-88.
- Luhmann, Niklas*, 1964: Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin.
- Lutz, Burkart*, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.*, 1973: Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik, in: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.), Planungsorganisation: Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, München, 115-145.
- Metzler, Gabriele*, 2005: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn.
- Popper, Karl Raimund*, 1957: Das Elend des Historizismus, Tübingen, 1987.
- Scharpf, Fritz W.*, 1977: Public Organization and the Waning of the Welfare State: A Research Perspective, in: European Journal of Political Research 5 (4), 339-362.
- Schimank, Uwe*, 2005: Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne, Wiesbaden.
- Schimank, Uwe/Stucke, Andreas (Hrsg.)*, 1994: Coping with Trouble: How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions, New York.
- Weizsäcker, Carl Friedrich v./Weizsäcker, Ernst Ulrich v.*, 1984: Fehlerfreundlichkeit, in: Klaus Kornwachs (Hrsg.), Offenheit - Zeitlichkeit - Komplexität. Zur Theorie der offenen Systeme, Frankfurt a. M., 167-201.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Uwe Schimank
 Universität Bremen Institut für Soziologie
 Bibliothekstr. 1 / GW2 Postfach
 33 04 40
 28359 Bremen
 E-Mail: uwe.schimank@uni-bremen.de